

Umformung der Industrievorschläge.

Zentrum und Industrieangebot.

Berlin, 17. November. Im Beisein des Reichszanlers hat sich gestern der Reichsausschuss der Zentrumspartei mit den Vorschlägen des Reichsverbandes der deutschen Industrie beschäftigt. Man kam ziemlich einmütig zu der Auffassung, daß man über die Richtlinien des Reichsverbandes erst verhandeln könne, wenn diese eine endgültige Umformung unterzogen sein würden. Ehe die Reichsregierung endgültig zu dem Angebot der Industrie Stellung nimmt, will sie noch abwarten, ob die geplanten Modalitäten des Kreditprogramms den Weg sachlicher Verhandlungen mit den zuständigen Arbeitnehmerorganisationen eröffnen.

Festhalten des Bahnpersonals am Reichsmoopol.

Berlin, 17. November. Ueber die Forderung des Reichsverbandes der deutschen Industrie, die Reichseisenbahnen in privatwirtschaftlicher Form zu bringen, haben in den letzten Tagen Besprechungen zwischen dem Reichsverkehrsministerium und den Großorganisationen des Eisenbahnpersonals stattgefunden, die zu einer vollen Einigung geführt haben. Besonders bedeutsam ist das unbedingte Festhalten des Personals am Reichsbetrieb der Eisenbahnen und die holdige Inangriffnahme der Neuorganisation durch gemeinsame Beratung der Verwaltung und des Personals. Im einzelnen lauten die Vereinbarungen:

1. Die Vertreter der Großorganisationen erklären, an dem bisherigen Verhältnis des direkten Besitzes und Betriebes der Eisenbahnen durch das Reich unter allen Umständen festzuhalten.
2. Die Rechte des auf dem öffentlich-rechtlichen Dienstvertrag beruhenden Berufsamtentums, zu deren Wahrung die Reichsregierung verfassungsmäßig verpflichtet ist, gelten den Großorganisationen als unvermeidlich.
3. Die Großorganisationen erklären sich bereit, an der Neuordnung der Verwaltung und des Betriebes zu einer raschen und dauernden Wiederherstellung der Wirtschaftlichkeit der Reichseisenbahnen unter Voranstellung der Interessen der Allgemeinheit mitzuwirken.
4. Die Neuorganisation der Eisenbahnverwaltung wird beraten und zur geschäftsmäßigen Entscheidung durch den Minister spruchreif gemacht in einem aus gleichen Teilen aus Vertretern der Verwaltung und der Eisenbahnergroßorganisationen zu bildenden Ausschuss. Der Ausschuss erhält die Berechtigung, Sachverständige nach eigenem Ermessen zu dieser Arbeit heranzuziehen.
5. Die Beratungen über die am 16. November von den Großorganisationen mündlich vorgelegenen Gegenstände werden mit dem Zehnerausschuss mit aller Beschleunigung weitergeführt.

Das Finanzprogramm der Gewerkschaften.

Die Vorstände des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und des Afa-Bundes haben dem Protest gegen die Bedingungen, die vom Reichsverband der Industrie in der Frage der Kredithilfe gestellt wurden, nunmehr eigene Forderungen an die Reichsregierung folgen lassen. Dieses „Mindestprogramm“, für das die Arbeiter und Angestellten „ihre ganze Organisationskraft“ einsetzen sollen, lautet:

1. Beteiligung des Reiches an den Sachwerten. Die Aktiengesellschaften haben 25 v. H. ihres Aktienkapitals auf das Reich zu übertragen. Die kleineren gewerblichen Unternehmen und die Landwirtschaft sind durch eine Steuer, deren Erträgnis für die Veränderung des Geldwertes angepasst sind, in gleicher Höhe zu belasten.
2. Sozialisierung des Kohlenbergbaus zur Erhöhung der Kreditfähigkeit des Reiches.
3. Neuordnung der Verkehrsunternehmen mit dem Ziel, sie in kürzester Frist wirtschaftlich zu gestalten.
4. Schärfste Erfassung der Exporteisen durch Ausbau der Außenhandelskontrolle.
5. Beschränkung der Einfuhr auf das Lebensnotwendige.
6. Erhöhung der Ausfuhrabgaben bis zur völligen Erfassung der Wertzuwächse.
7. Beschleunigte Einziehung des Reichsnotopfers.
8. Sofortige Einziehung der bisherigen Steuern, insbesondere der Einkommensteuer. Die Steuerpflichtigen müssen verpflichtet werden, den Betrag ihrer eigenen Veranlagung sofort an die Finanzämter abzuliefern. Bleibt diese Zahlung bis zu einer Grenze von 25 v. H. hinter ihrer Einkommensteuerpflicht zurück, so haben sie nach der definitiven Veranlagungsentscheidung des Finanzamtes den Rest mit 5 v. H. Zinsen abzuführen. Ist die Selbstveranlagung unter diesem Betrage zurückgeblieben, so haben sie für diese Summe eine Verzinsung von 30 v. H. zu zahlen. Die Umsatzsteuer ist von den Steuerpflichtigen in monatlichen Abschlagszahlungen abzuführen.
9. Schärfste Bekämpfung der durch Devisen- und Effektengeschäfte erzielten Gewinne.
10. Kontrolle der privatwirtschaftlichen Monopole.

In der Begründung dieser Vorschläge heißt es unter anderem: Es handelt vor allem darauf an, zum Zwecke der Sanierung der vom Zusammenbruch bedrohten Reichsfinanzen die Zahlungsfähigkeit der seit Beendigung des Krieges wiedererrichteten Privatwirtschaft im notwendigen Maße anzupassen. Die Stilllegung der Rentenpresse, die als die Voraussetzung für jede Gesundung der Reichsfinanzen angesehen werden muß, kann nur erreicht werden, wenn bei der bevorstehenden Steuerreform die Wirtschaft in den Dienst des Staates gestellt wird. Die Erschließung der Wiedergutmachungsleistungen an die Entente mache es der Regierung

Wenn Carrillas Vorschlag abgelehnt wird.

Paris, 17. November. Aus London meldet der Matin, ein aus Washington dort eingegangenes Telegramm besage, daß dem Vernehmen nach die Mitglieder des Kongresses dahin informiert wurden, für den Fall der Ablehnung der Haughesses Vorschläge durch die anderen Mächte, habe die amerikanische Regierung die Absicht, sofort mit dem Bau von 14 weiteren Einheiten zu beginnen

zur Pflicht, die Wirtschaftlichkeit der Reichsbetriebe einer Nachprüfung zu unterziehen. Unter unbedingter Ablehnung aller Versuche einer Ueberführung der Eisenbahn oder anderer Reichsbetriebe in Privatbesitz wird vorgeschlagen, die im Besitz des Reiches befindlichen wirtschaftlichen Unternehmungen von ihrer heutigen bürokratischen Bevormundung zu befreien und durch Sozialisierung wirtschaftlich zu gestalten.

Gegen die Ausbeutung der Reichseisenbahnen durch privatkapitalistische Lieferanten müssen im Eisenbahnfinanziell Sicherungen vorgegriffen werden.

Werbende Staatsbetriebe.

Die Garantieforschung findet, wie wir uns aus Paris melden lassen müssen, die Vorschläge der deutschen Industrie standlos. Augenscheinlich sieht der zum Reutner geborene Franzose darin einen Versuch, seinem Zugriff einige Goldwerte entgegen zu stellen, da er doch das Recht hat, auf Kosten des besiegten Deutschen zu leben. Die Kommission wird also wohl ein Mahnwort sprechen, und Dr. Wirth nach den diesmal gar nicht so unglaubwürdigen Mitteilungen des famosen Radel nur aus der Gnade Frankreichs regiert, wird die Vernunft wieder der Gewalt weichen müssen.

Nun gibt es freilich noch andere Kommissionen, die in Deutschland gänglich ohne Aufsicht und Kontrolle und selbst ohne das berufsmäßige Mißtrauen sozialdemokratischer Funktionäre diktatorisch regieren, und diese ändern werden dann wohl das Mahnwort sprechen, dem sich der (seit November 1918) freie Deutsche willig fügt. Die Reparationskommission hat z. B., mit der Dr. Wirth e tutti quanti hinter verschlossenen Türen höchst geheimnisvoll verhandelt. Sie dürfte auf ihre Weise das Problem anfangen.

Die Eisenbahnen, um die es sich bei jenen Vorschlägen in erster Linie handelt, sind bekanntlich ein werbendes Unternehmen. Einst, in der alten Zeit, sprachen wir mit Stolz von unseren werbenden Anlagen. Sie hießen so, weil sie Geld abwarfen und den durch den harten Obrigkeitsstaat angeblich schwere bedrückten Staatsbürger entlasteten. Die preussische werbende Anlage war das größte Unternehmen der Welt und konnte sich auch in der Sauberkeit und Zweckmäßigkeit seiner Verwaltung sehen lassen. Ihr Wert übertraf die Milliardenschuld dieses nach dem Urteil eines zum Kenner (nämlich Minister) gewordenen Sozialdemokraten Seine am billigsten wirtschaftenden Staats der Welt. Die werbende Anlage ist zu einer fressenden geworden. Sie fordert Milliardenzuschüsse, immer steigende Zuschüsse; nicht bloß Preußen, sondern das größere Reich geht an ihnen zugrunde, vorher der steuerzahlende Bürger, der die Zuschüsse beden soll.

Diesen Zuständen wollte die Industrie mit ihren Vorschlägen begegnen. Sie wollte wieder werbende Anlagen schaffen; der Gedanke mußte doch gerade der demokratischen Zeit nicht so fern liegen. Seit langen Jahren hörte man davon sprechen, wie notwendig es sei, die staatlichen Unternehmen zeitgemäß, kaufmännisch zu verwalten. Nach dem Kaufmann, dem Geschäftsmann schrie die ganze demokratische Welt. Heute, da die Notwendigkeit dessen sich gebieterisch aufzwingt, hat sich darin viel geändert. Gerade die Demokraten schreien jetzt und Morbis. Sie verlangen die Bureaucratie. Eine Bureaucratie freilich in anderem Sinne als jene, die einst werbende Staatsanlagen geschaffen hatte. Eine Bureaucratie nämlich, die Selbstwert ist und doch wider nicht ganz. Sondern eine, die die Erzählung der Gewerkschaftsbureaucratie wäre. Also mit einem Wort: wer in dieser nicht untergebracht werden kann und doch für Parteizweck höchst brauchbar ist, muß in staatlichen Verwaltungen unterstellt werden können, um von dort aus die Geschäfte der Parteien zu besorgen. Mit dem ganzen Eifer des tüchtigen Parteimannes und doch wieder ganz unauffällig. Eisenbahn und Post, die mit jener zusammen die großen und in ihrer Art oft mühseligste (sogar noch am 9. November 1919 von Scheidemann) genannten staatlichen Unternehmungen in Deutschland darstellen, leiden unter der Ueberfülle von Beamten.

Auch von der Regierung wurde es zugegeben und sie bestritt nicht, daß das eine der Ursachen der Fehlbedränge sei. Gibt es für diese Ueberzahl Arbeit genug, so daß der einzelne keine Schuldigkeit mit jener ausschließlichen Hingabe an das Amt tut, wie es die Verfassung verlangt, da sie den Beamten ausdrücklich die Eigenschaft eines Dieners des Staates zuschreibt? Die demokratische Wirtschaft verfährt anders: die Eisenbahn hat einige hundert — man spricht sogar von mehr — Beamte beurlaubt, zu dem Zweck, daß sie sich der Organisation, d. h. der Gewerkschaft widmen. Diese Beamten beziehen ihr Gehalt, von der Organisation aber außerdem die nötigen Tage- und Reisegelder. Daß sie den Zustand als wohlthätig empfinden, ist klar. Daß die Allgemeinheit anderer Ansicht sein muß, ist es nicht weniger. Und selbstverständlich wird eine Regelung, die die Eisenbahn wieder zu einem werbenden Unternehmen machen will, den Mißbrauch nicht bestehen lassen können. Selbstverständlich schreien alle, die von ihm Vorteil zogen, deswegen. Auch die Parteien.

Aber wir anderen dürfen wohl daran denken, weshalb sie es tun. Neugierig sind wir bloß auf eines: nämlich, ob die Kommission, die das letzte Wort in der Sache sprechen wird, diese Zustände so standlos finden wird wie das Angebot der Industrie. Wahrscheinlich nicht; gute Freunde läßt man gern ungeschoren.

außer den zehn, deren Bau nahezu vollendet ist. Die Fertigstellung aller dieser Schiffe soll in diesem Falle außerordentlich beschleunigt werden. In der Meldung wird weiter gesagt, der Präsident der Marinekommission des Repräsentantenhauses Butler habe seiner Auffassung dahin Ausdruck gegeben, daß weder England noch Japan im Unflaten über die von Amerika in Aussicht genommenen Maßnahmen seien. Beide Länder seien mit der Absicht nach Washington gekommen, einer Einschränkung ihrer Flotten zuzustimmen.

auch die Besorgnis über eine unmittelbar bevorstehende Katastrophe. Mehr als die bisherigen 200 Gramm Brot täglich auf Karten könnten freilich nicht bewilligt werden. Aber dieses Quantum sei gesichert, und außerdem sei auch noch marktfreies Brot zu haben. Unsere Kartoffelvorräte aber würden durch Einfuhr von noch 1 1/2 Millionen Zentnern ergänzt, so daß auch hier von einem Mangel nicht gesprochen werden könnte, sondern nur von einer Teuerung.

Was zu diesen Themen auf den Bänken der Abgeordneten noch vorgebracht wurde, über alle Fraktionen hinweg bis zum Parteipolitiker Bachmeyer, der die Schuld des wilden Handels an der Teuerung festzählt, ist im allgemeinen das Uebliche, was man immer wieder hört. Von diesen Reden werden die Kartoffeln wirklich nicht billiger. Auch die Pause der äußersten Rufen für erneute Zwangswirtschaft macht keinen Eindruck, denn das wissen wir vom Kriege her, daß Zwangswirtschaft erstore und verkaufte Kartoffeln bedeutet. Nur das nicht wieder, dann schon lieber Teuerung, so sehr wir unter ihr auch leiden.

Reichstagsaufsicht in Sicht?

Auf dem Bezirksparteitag der sozialdemokratischen Partei Mitteldeutschens hielt der Reichstagspräsident Loebe ein Referat über die politische Lage. Er erklärte die jetzt vorliegenden Steuerorschläge als ein so unzureichendes Mittel gegen die Drohungen der Entente zur Erzielung der Reparationsforderungen, daß die Sozialdemokratie sie ablehnen müsse, wenn nicht gleichzeitig ein Zugriff auf die Gold- und Sachwerte erfolge. Nach der Rede des Parteipolitikers Dr. Beder gegen die Erfassung der Sachwerte läme eine Koalition mit der Volkspartei im Reich nicht mehr in Frage. Der Wucher der Stahlwerke und Kohlenruben, auf den die Notlage der Reichseisenbahnen hauptsächlich zurückzuführen sei, müsse durch die Sozialisierung der Schwerindustrie endlich beendet werden. Im anderen Falle sei der Platz der Sozialdemokraten auf den Bänken der Opposition. Er rechne mit der Möglichkeit einer Reichstagsaufsicht und Neuwahlen, um dem deutschen Volke die Entscheidung über die Reparationen und Steuerfragen zu überlassen.

Rückkehr der Reparationskommission.

Wie der „Temps“ berichtet, hat die Wiederherstellungs-Kommission die Untersuchungen, die sie in Berlin ausführen wollte, beendet und wird Ende dieser Woche nach Paris zurückkehren. Das erste Konto der Reparationszahlung, die am 15. November fällig wurde, ist bezahlt und zwar in der Höhe von 45 Millionen Goldmark. Die zweite Zahlung ist am 1. Dezember fällig. Sie wird ungefähr 85 Millionen Goldmark betragen. Diese beiden Konten werden auf die am 15. Januar 1922 fällige Wiedergutmachungsrate verrechnet.

Ein Zeugnis der Arbeiter.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hat den Spandauer und den Haleshorster Werken der Deutschen Werke einen Besuch abgestattet, um sich selbst davon zu überzeugen, ob die Behauptungen der Interalliierten Militärkommission begründet sind. Ueber das Ergebnis der Besichtigung wird erklärt: Es erscheint ausgeschlossen, daß sich die Werke in Spandau oder Haleshorst in kurzer Zeit auf die Herstellung von Kriegsmaterial umstellen lassen. Eine Umstellung würde mindestens vier bis fünf Monate in Anspruch nehmen. Alle Werkzeuge und Maschinen die auf Kriegswaffen eingestellt waren, sind veraltet oder umgestellt und für Friedenszwecke benutzbar gemacht worden. Wir haben uns überzeugt, daß die großen Bohr- und Drehwerke restlos abmontiert und zur Verfügung der Kontrollkommission gestellt sind. Die Forderung, das in Spandau befindliche Martin-Stahlwerk abzureißen, erscheint sinnlos, denn Privatwerke besitzen viel größer und ausgedehntere Anlagen dieser Art. Ebenso unverständlich ist die Forderung, einige hundert neuer Maschinen zu zerstören, weil einige für die Reparation bestimmte Werkzeugmaschinen in Gang gesetzt worden sind. Diese Zerstörung würde einen Schaden von mehreren hundert Millionen betragen. Die Gewerkschaftskommission wird diese Woche zusammenzutreten, um in einer Vollversammlung über das Ergebnis der Besichtigung zu berichten. Der Betriebsrat der Deutschen Werke hat dem Auswärtigen Amt über den Verlauf der Unterhandlung mit Rollet berichtet. Er hofft, daß Rollet sich den Forderungen der deutschen Arbeiter nicht wird verschließen können.

Sturmjahren im neuen Berliner Stadtparlament.

Die neue Stadtverordnetenversammlung trat gestern zu ihrer ersten Sitzung zusammen. Mit 115 von 192 Stimmen wurde Kammergerichtsrat Dr. Caspari (D. Sp.) zum Vorkämpfer gewählt, 74 Stimmen entfielen auf den Reichssozialisten Franz Krüger. Gegen die Wahl Dr. Caspari erhoben die sozialistischen Parteien heftigen Protest und verließen dann den Saal. Bei der Wahl des Stadtverordneten-Vorsitzenden-Stellvertreters wurden daher nur 111 Stimmen abgegeben, während 113 Stimmen für die Beschlußfähigkeit des Hauses notwendig sind. Als der Stadtverordneten-Vorsitzer Dr. Caspari die Beschlußfähigkeit der Versammlung mitteilte, erhob sich auf den überfüllten Tribünen ein schreiend lauter Lärm. Die Arbeitslosen, die sich dort zahlreich eingefunden hatten, weil ein dringlicher Antrag, der für sie höhere Unterstützungen vorsieht, vorlag, schrien in den Saal hinunter: „Das ist ein Skandal, Euch werden wir zeigen, wie wir zu unserem Recht kommen!“ Es kam zu lebhaften Auseinandersetzungen, zu denen ein Teil der Kommunisten und Unabhängigen ergriffen.

Ausland.

Alarmgerüchte aus Ungarn.

Budapest. Die Demission des Kabinetts Bethlen wird hauptsächlich auf die durch das Zurückfluten der Banden aus dem Burgenland geschaffenen unsicheren Verhältnisse in Budapest zurückgeführt. Deras hat in einem Hotel 40 Zimmer beschlagnahmt und dort mit seinem Generalstab eine Art Nebenregierung eingerichtet. Nach weiteren Meldungen aus Budapest wurden sämtliche Gefängnisse durch Militär abgesperrt und die Budapester Garnison in Alarmbereitschaft gesetzt. Diese militärischen Maßnahmen sollen ihren Grund in einer bei der Regierung eingelaufenen Anzeige haben, wonach bewaffnete Truppen, die aus den geschlagenen Karl-Rußschaften bestehen sollen, sich auf dem Marsche nach Budapest befinden.

Die neu

Stimmen für ihn auf als ein vorläufige Rechnung, ihm doch kein Dank wissen. Kraft, äußerlich keine leicht trennung Verhältnis war, kal Tideder ordnungsmäßig gerufen. Noch ein herung gebracht mer aber in kühle Staats. Nun ist unter französischen einen Vertrag. Das heißt für Republik für die neu. Die neu. berte zu Grabe. Denn de des Rigaer Frage so lang es Benefiz freien Durch Dank wissen. Wirlich. Solen erlich sein wird. Vertrag auch tragen. Es Freundschaft. Niehe auch die Sonberber Vertrag mit Verhältnis. Glaubt sie die Marie geworden sei.

Ein für die Sint Gräberfüror Gottesdienste sten Rindem. meub uns an gen. die als. Einl Röhöl Enfel die an sich noch felt. Ebrentage u Anteil nehme für einen for. — D. unjere getrie von Seiten. Erhöhung ein ne, man für nur den 4. doch die alle erhöht habe. nicht derarti lenfallen da. dah es den und Familie. — Di in Joidau n. mit und Jom verhandlung. Der Grundl Lage wird um 10 Pro 10 Mar, de der selte G. die Rindberz. Teuerungssu 16 bis 20 6Rf. Die Erhöhung tri. — Di unmöglich ge.

30. Frau 9. ihrem Mann etwas sonder regung ein. — Bor ein feffor, als. — Tar wandte grüßen. — Gab er keine entfernte. — Nun ist tildes, in se kah und bos veritaut vor die nun for. — Auf de te sie gena noch darin. und kah lie. — Um u. Sie um 3. was ihr das. — Was ich. — flub, noch o. schließlich für. — Sie gekomm. — hm —. — Belesen von Urteil über. — Sie da in. — ist — sein. — aber die. — Leben nicht. — Auch n. Kenntnis. — eigenen Jh. Seelenvorarb. — Erffinnarab. — besonderes.